

## Tabelle 1: Aussagen zum gesetzlichen Mindestlohn in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021

### DIE VERTEIDIGER DES ALTEN MINDESTLOHNREGIMES

CDU/CSU	„Wir werden die Minijobgrenze von 450 Euro auf 550 Euro pro Monat erhöhen und diese Grenze mit Blick auf die Entwicklung des <b>Mindestlohns</b> regelmäßig überprüfen“ (S. 38)
FDP	„Wir Freie Demokraten wollen die Minijob- und Midijob-Grenze erhöhen und dynamisch an den gesetzlichen Mindestlohn koppeln. Mit jeder Anpassung des <b>Mindestlohns</b> reduzieren sich heute die Stunden, die Beschäftigte im Rahmen eines Mini- beziehungsweise Midijobs arbeiten dürfen. Damit sind Mini- oder Midijobber von Erhöhungen durch die allgemeine Lohnentwicklung abgeschnitten. Das wollen wir ändern und so für mehr Leistungsgerechtigkeit sorgen.“ (S. 28)
AfD	„ <b>Mindestlohn beibehalten:</b> Der <b>gesetzliche Mindestlohn</b> ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden. Er korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohnempfänger als schwache Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber als vergleichsweise starke Marktteilnehmer. Er schützt sie auch vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck. Insbesondere erlaubt der <b>Mindestlohn</b> eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu tragen wäre. <b>Mindestlöhne</b> verhindern somit die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten.“ (S. 119f.)

### DIE REFORMER FÜR EIN NEUES MINDESTLOHNREGIME

SPD	„Wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Auch das ist eine Frage des Respekts. Wir werden den <b>gesetzlichen Mindestlohn</b> zunächst auf <b>mindestens zwölf Euro</b> erhöhen und die Spielräume der <b>Mindestlohnkommission</b> für künftige Erhöhungen ausweiten.“ (S. 27)  „Unser Ziel bleiben europaweit Löhne, die zum Leben reichen, daher begrüßen wir den Vorschlag für einen Rechtsrahmen für <b>europäische Mindestlöhne</b> .“ (S. 57)
Bündnis 90/ Die Grünen	„ <b>Mindestlohn anheben</b> Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute Arbeitsbedingungen. Aber in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor mit schlechten Löhnen und in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind davon Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte betroffen. Das wollen wir ändern. Den gesetzlichen <b>Mindestlohn</b> werden wir sofort auf <b>12 Euro</b> anheben. Anschließend muss der <b>Mindestlohn</b> weiter steigen, um wirksam vor Armut zu schützen und mindestens der Entwicklung der Tariflöhne zu entsprechen. Die <b>Mindestlohnkommission</b> wollen wir reformieren und mit diesem Auftrag ausstatten. Die bestehenden Ausnahmen für unter 18-Jährige und Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen.“ (S.103)  „Länderspezifische <b>Mindestlöhne</b> sollen überall in der EU dafür sorgen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können.“ (S. 113)
Die Linke	„Gute Arbeit, gerechte Bezahlung: Die vielen Menschen, die den Laden am Laufen halten und dennoch am Monatsende kaum über die Runden kommen, brauchen dringend höhere Löhne. Wir wollen den <b>gesetzlichen Mindestlohn</b> auf <b>13 Euro</b> anheben, damit Einkommen aus Arbeit auch wirklich vor Armut schützt.“ (S. 9)  „Der <b>gesetzliche Mindestlohn</b> wird auf <b>13 Euro</b> erhöht. Zuschläge für Sonntags-, Schicht- oder Mehrarbeit sowie Sonderzahlungen dürfen nicht mit dem <b>Mindestlohn</b> verrechnet werden. Sämtliche Ausnahmen vom Mindestlohn müssen gestrichen werden. Durch die Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung und häufigere Kontrollen muss die Einhaltung des <b>Mindestlohns</b> durchgesetzt werden. Die Zahl der Kontrolleure bei der <b>Finanzkontrolle Schwarzarbeit</b> des Zolls muss auf 150.00 verdoppelt werden. Die Bundesregierung soll ein offizielles Meldeportal gegen Mindestlohnbetrug einrichten.“ (S. 16)  „Wir fordern für alle Bürger*innen in der EU <b>soziale Rechte</b> und <b>Mindestlöhne</b> , die die Existenz sichern. (...) Wir wollen <b>gesetzliche Mindestlöhne in Höhe von mindestens 60 Prozent des mittleren Lohns des jeweiligen Landes</b> .“ (S. 150)